

Arbeits- und Industriesoziologische Studien
Jahrgang 8, Heft 2, November 2015, S. 49-66

Stefan Schmalz, Steffen Liebig, Marcel Thiel¹

Zur Zersplitterung des sozialen Konflikts in Westeuropa: Eine Typologie nicht-normierter Kämpfe um Arbeit

Abstract: Der Artikel untersucht die Protestwelle in Westeuropa seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09. Wir vertreten die These, dass diese Auseinandersetzungen ein Anzeichen dafür sind, dass der soziale Konflikt in Westeuropa zunehmend aufsplittert; es treten vermehrt ‚nicht-normierte Sozialkonflikte‘ auf, die in ihrer Erscheinungsform manchmal eher an vergangene Epochen wie die Hochphase der Industrialisierung im 19. Jahrhundert oder klassische Brot- und Butterkonflikte im späten 18. Jahrhundert erinnern. Als theoretische Prämisse gehen wir davon aus, dass die „Institutionalisierung des Klassenkonflikts“ (Geiger), die sich in der Nachkriegsära vollzogen hatte, heute erodiert. Die nicht-normierten Sozialkonflikte, die einen engen Bezug zur Arbeitswelt haben, stellen wir anhand einer Typologie dar: (a) politische Massenproteste und -streiks, (b) wilde Betriebskonflikte und (c) städtische Unruhen. Mit Hilfe einer Datenbank zu Protestereignissen (JenaConDa, n=5521) arbeiten wir die Ausprägung dieser Konflikte in der EU im letzten Jahrzehnt heraus. Wir gehen auch darauf ein, warum es bisher zu keiner größeren Welle von nicht-normierten Protesten in Deutschland kam und schließen mit einem Plädoyer dafür, dass die Arbeitssoziologie dem Thema Konflikte wieder eine größere Aufmerksamkeit widmen sollte.

Nachdem die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 Europa getroffen hatte und sich im Anschluss zur Eurokrise wandelte, wurde Westeuropa² von der größten Welle sozialer Konflikte seit den 1970er Jahren erschüttert. Bei diesen Protesten standen insbesondere die sozialen Folgen der Krisenauswirkungen und der Austeritätspolitik sowie steigende Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen oder Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme im Mittelpunkt. Hauptakteure des Konfliktzyklus waren neben neuen sozialen Bewegungen wie der transnationalen Occupy-Bewegung und den spanischen Indignados auch Gewerkschaften, die ihren Unmut in mehreren Generalstreiks und Massendemonstrationen kundtaten. In einigen Ländern kam es sogar zu städtischen Unruhen, etwa in England 2011 oder Schweden 2013.

Die Konfliktwelle ist aus einer arbeitssoziologischen Perspektive von großem Interesse. Denn viele der Proteste beziehen sich direkt auf die Arbeitswelt, indem sie sich gegen Mindestlohnkürzungen, den Abbau von Arbeitsplätzen oder Interventionen in die Tarifverhandlungssysteme wenden. Andere stehen hiermit zumindest indirekt in Verbindung, etwa wenn Jugendarbeitslosigkeit oder Kürzungen in der Renten- und Sozialversicherung zum Protestgrund werden. Die Besonderheit dieser Proteste besteht dabei nicht nur in ihrer Häufung, sondern auch in ihrer Form. Tradierte Spielregeln der industriellen Beziehungen werden in vielen Fällen nicht eingehalten, manchmal kommt es zu Ausschreitungen und Gewalt. Dabei kommen auch Protestformen zum Einsatz, die lange Zeit eher unüblich oder zumindest selten waren:

¹ Dr. Stefan Schmalz, Email-Adresse: s.schmalz@uni-jena.de; M.A. Steffen Liebig, Email-Adresse: stefan.liebig@uni-jena.de; Dipl.-Psych. Marcel Thiel, Email-Adresse: marcel.thiel@uni-jena.de; alle am Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena.

² Wenn wir im Folgenden von Westeuropa sprechen, beziehen wir uns auf jene europäischen Staaten, die zu Zeiten des Kalten Kriegs der westlich-kapitalistischen Hemisphäre zuzuordnen waren.

Französische Arbeitnehmer nehmen ihre Vorgesetzten in Gewahrsam, große Massenstreiks legen südeuropäische Großstädte lahm und junge Prekäre besetzen öffentliche Plätze.

In der Extremsituation der Krise wurde also der langfristige Trend einer Zersplitterung des sozialen Konflikts, so unsere These, verschärft. In Westeuropa treten vermehrt nicht-normierte soziale Konflikte (um Arbeit) auf, die in ihrer Erscheinungsform eher an vergangene Epochen wie die Hochphase der Industrialisierung im 19. Jahrhundert oder klassische Brot- und Butterkonflikte im späten 18. Jahrhundert erinnern und räumlich bisher in der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems beheimatet schienen. In Deutschland hat sich dieser Trend bisher noch nicht durchgesetzt, aber dennoch haben sich auch hier die Arbeitskonflikte dezentralisiert und vielfältigt. Im Folgenden argumentieren wir in fünf Schritten: Zunächst arbeiten wir einige historische und theoretische Grundlagen heraus, um die „Verwilderung des sozialen Konflikts“ (Honneth 2011, S. 17) in den Krisenjahren besser erklären zu können. Dann stellen wir mit JenaConDa (Jena Conflict Dataset) und zwei qualitativen Fallstudien die empirische Grundlage für unsere Annahmen vor. Wir entwickeln daraufhin eine Typologie von „nicht-normierten Sozialkonflikten“, die in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Danach gehen wir genauer auf den deutschen Fall ein und schließen mit einigen Hinweisen für die weitere Forschung.

1 Theoretische Vorüberlegung: Normierte und nicht-normierte Sozialkonflikte³

Der westeuropäische Nachkriegskapitalismus zeichnete sich durch eine Abdämpfung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit aus. Die Anzahl von Streiks nahm ab und militante Protestformen wurden in institutionalisierte Bahnen gelenkt. Theodor Geiger ging deshalb von einer „Institutionalisierung des Klassenkampfes“ aus. Sie äußere sich darin, dass „das Spannungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit [...] als Strukturprinzip des Arbeitsmarktes anerkannt und zur gesellschaftlichen Rechtseinrichtung erhoben“ werde (Geiger 1949, S. 184). Die Einbettung des Konfliktpotentials der Lohnarbeit durch korporatistische und wohlfahrtsstaatliche Institutionen hob auch Ralf Dahrendorf in seinen frühen Schriften hervor, in denen er von einer „institutionellen Isolierung“ von Klassenkonflikten in entwickelten Industriegesellschaften auf die „Sphäre der Industrie“ ausging (Dahrendorf 1957, S. 239). Der Konflikt um Lohnarbeit beherrsche nun nicht mehr die gesamte Gesellschaft, sondern „[...] eine Reihe von dazwischentretenden Variablen [habe] dem industriellen Klassenkonflikt in entwickelten Industrieländern die Spitze genommen“ (ebd., S. 224). Gleichzeitig seien die kollektiven Konfliktparteien – Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Staat – durch Gesetze und informelle Gewohnheiten an bestimmte Formen der Konfliktaustragung gebunden (Dahrendorf 1963, S. 227).

Wir nehmen Dahrendorfs Argument auf, gehen aber von einer zeitlich begrenzten Einhegung des Klassenkonfliktes aus. Dafür unterscheiden wir drei Ebenen, auf denen die „dazwischentretenden Variablen“, die im fordistischen Nachkriegskapitalismus zur Normierung und Isolierung der Konflikte beigetragen haben, angesiedelt

³ Eine ausführlichere Darstellung zu den theoretischen Grundlagen findet sich in Schmalz/Liebig 2014; einige Vorüberlegungen zur Typologie (Abschnitt III) in Schmalz/Weinmann 2013, Schmalz/Liebig 2014 und Liebig 2014.

sind: Erstens spielten auf der Ebene des politischen Makrosystems insbesondere der Ausbau des Wohlfahrtsstaats und die wirtschaftspolitische Orientierung auf Vollbeschäftigung eine Rolle. Die Konflikte sind hier am stärksten vermittelt, da sie primär „als Statuskämpfe um Anrechte auf Wohlstand und um Verpflichtungen zur Wohlstandssicherung ausgetragen“ (Vogel 2009, S. 13) wurden und diese zudem Eingang in die parlamentarischen Institutionen fanden. Zweitens wurden auf der Ebene der überbetrieblichen Regulierung von Arbeit feste Regeln für Tarifkonflikte etabliert. Hier sind insbesondere Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften wesentliche Akteure. Mindestlöhne und (Flächen-)Tarifverträge setzten neue Standards. Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit ermöglichte zudem große Verteilungsspielräume, was sich in regelmäßigen Reallohnzuwächsen und dem sprichwörtlichen „Fahrstuhleffekt“ (Beck 1986, S. 122) äußerte. Drittens wurden auf der betrieblichen Ebene Institutionen geschaffen. So trugen Betriebsräte zu einer verbesserten Vertretung der Belegschaften gegenüber der Unternehmensleitung bei; die Mitbestimmungsinstitutionen förderten in manchen Staaten (Deutschland, Österreich etc.) sozialpartnerschaftlich orientierte Aushandlungsprozesse.

Doch das fordistische Arrangement geriet in den 1970er Jahren durch verschiedene Faktoren (Ende des Bretton-Woods-Systems, Profitabilitätskrise etc.) unter Druck.⁴ Spätestens seit den 1980er Jahren kam es zu einer Restrukturierung des europäischen Kapitalismus, die alle drei Ebenen der Konflikteinhegung beeinflusste. Zunächst verfestigte sich aufgrund der Wachstumsschwäche in Westeuropa und der monetaristischen Trendwende in der Wirtschaftspolitik die Massenarbeitslosigkeit. Durch Privatisierungen (öffentliche Infrastruktur, Rentensysteme etc.) wurden neue Bereiche der kapitalistischen Landnahme preisgegeben und der Wohlfahrtsstaat restrukturiert. Die Folge waren Sparzwänge und sinkende politische Gestaltungsspielräume. Zweitens wurden die überbetrieblichen Institutionen der Arbeitsregulierung ausgehöhlt: Die Gewerkschaften wurden geschwächt, die Tarifbindung ging vielerorts zurück. Außerdem engte die träge wirtschaftliche Entwicklung die Verteilungsspielräume in den Tarifverhandlungen ein, sodass Lohnmoderation zur politischen Leitlinie wurde. In manchen Sektoren, wie in einigen (teil-)privatisierten Dienstleistungen (Post, Nahverkehr etc.), kam es auch zu Lohnkürzungen. Drittens verloren betriebliche korporatistische Institutionen an Bindekraft: Diese sind teils nicht mehr existent oder haben ihre Funktion durch Standortverlagerungen und Shareholder-Value-Orientierung grundlegend in Richtung von wettbewerbskorporatistischen Bündnissen gewandelt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise vertiefte in den meisten Ländern Europas diese Prozesse: Auf der Makroebene trugen der „Konsolidierungsstaat“ (Streeck 2013, S. 141) durch Austeritätspolitik und Sozialkürzungen sowie steigende Arbeitslosigkeit zur sinkenden sozialen Kohäsion und einer Aushöhlung der Tarifvertragssysteme bei.

Mit der Erosion der Bindekraft der etablierten Regeln stieg nicht nur die Anzahl von Konflikten, sondern vollzog sich auch ein Formwandel der Konfliktaustragung.

⁴ Die Krise des Fordismus war umkämpft: Sie führte zu einem Protestzyklus von offensiven Arbeitskämpfen, die letztlich abebbten und Dahrendorfs These einer Aufhebung des Klassenkonflikts bereits entkräfteten. Erst danach folgte der neoliberale Rollback (vgl. hierzu Schmalz/Weinmann 2013).

Diese „Verwilderung des sozialen Konflikts“ (Honneth 2011, S. 17) wollen wir mit dem Begriff „nicht-normierter Konflikte“ fassen (vgl. auch Dörre 2010, S. 900; Schmalz/Weinmann 2013, S. 95 ff.; Schmalz/Liebig 2014). Solche Konflikte zeichnen sich dadurch aus, dass sie den „normierenden“ Rahmen verlassen, also außerhalb bestehender Institutionen und Organisationen stattfinden. Wenn es z.B. zu verwilderten Betriebskonflikten mit Bossnappings kommt, treten Gewerkschaften mitunter nicht mehr als zentrale Konfliktakteure auf. Außerdem verstoßen nicht-normierte Konflikte häufig gegen Regeln, Moral oder Gesetze. Denn wenn Jugendliche Scheiben einschlagen, ist dies nicht nur illegal, sondern immer auch eine Provokation; so wird über die Legitimität von öffentlichen Platzbesetzungen, wie sie jüngere soziale Bewegungen praktizierten, kontrovers gestritten.

Eine eindeutige Zuordnung nicht-normierter Konflikte auf die drei Ebenen fällt allerdings schwer. Dies liegt daran, dass sie nicht in so hohem Maße institutionell isoliert sind wie normierte Konflikte. Oftmals verquicken sich dann politische, ökonomische und rechtliche Forderungen oder es kommt, wie im Fall von Riots, zu einer nur schwer zu überblickenden Durchkreuzung verschiedener Bereiche und Handlungen. Das Brechen von Regeln ist kein zufälliges Merkmal nicht-normierter Konflikte. Denn aufgrund der den Normierungen eingeschriebenen Machtverhältnissen bestehen für subalterne Gruppen mit der Verletzung von Spielregeln und in dem Ausspielen der ihnen einzig zugänglichen Machtressource, ihrer „disruptive power“ (Piven 2008, Kap. 2), Chancen auf die Durchsetzung ihrer Interessen. Deshalb weicht das „repertoire of contention“ (Tilly 1986, S. 4) bei nicht-normierten Konflikten beinahe zwangsläufig von tradierten Handlungsvorstellungen ab und ist oftmals einer relativ starken Depolitisierung sowie verstärkter Repression ausgesetzt (Piven/Cloward 1992, S. 313). Innerhalb des wohlfahrtstaatlich geprägten Kapitalismus ist stets von der Koexistenz normierter und nicht-normierter Konflikttypen auszugehen; trotz einer Verschiebung der Konfliktartikulation hat sich dies auch im heutigen Protestzyklus nicht verändert.

2 Empirische Grundlagen

Für die weitere Darstellung wird auf empirisches Material zurückgegriffen. Dabei handelt es sich um quantitative Daten, die eigens für die Fragestellung erhoben wurden, und zwei qualitative Fallstudien, die sich auf das Thema soziale bzw. Arbeitskonflikte beziehen. Den Kern der Untersuchung bildet eine erste probeweise durchgeführte Erhebungswelle für JenaConDa (Jena Conflict Dataset). In dem Datensatz sind insgesamt 5.521 Protestaktionen erfasst (Tab. 1). Es wurden Daten für drei Länder (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) und die EU-27 aus jeweils einer Tageszeitung (Süddeutsche Zeitung, Libération, The Guardian und New York Times) erhoben: 792 zur EU-27, 2.473 zu Deutschland, 925 zu Frankreich und 1.333 zu Großbritannien. Hierfür wurden die Daten in zwei Bachelor-Lehrforschungen und einem Master-Seminar zwischen 2011 und 2013 unter Anleitung des Dozenten (Stefan Schmalz) über Schlagwörter (Streik, Ausschreitung, Blockade, Besetzung, Straßenschlacht etc.) aus den digitalen Archiven der Tageszeitungen erfasst und nach unterschiedlichen Kriterien (Aktionsform, Teilnehmerzahlen, beteiligte Organisation

etc.) kategorisiert. Die Erhebungsmethode lehnt sich an die bereits erprobten Verfahren zur Erhebung von Protestereignissen aus Tageszeitungen von Beverly Silver (2005) (World Labor Group Database) und Dieter Rucht (2001) (PRODAT) an. Die Erhebungen – mit Ausnahme der Libération – umfassen alle Tage im Jahr; die Daten der einzelnen Jahrgänge wurden zudem durch eine Kontrollhebung bzw. -zeitung geprüft und im Anschluss gesäubert. Der Zeitraum der Untersuchung bezog sich auf die unmittelbaren Vor- und Folgejahre der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09.

| | Quelle | Anzahl | Zeitraum | Erhebung |
|----------------|-----------------------------------|--------|--------------------|----------------------|
| EU-27 | New York Times (Washington Post)* | 792 | 2004-2011 (2012)** | Alle Tage im Monat |
| Deutschland | Süddeutsche Zeitung (FAZ)* | 2473 | 2002-2011 (2012)** | Alle Tage im Monat |
| Frankreich | Libération (Le Monde)* | 925 | 2006-2011 (2012)** | Erste Woche im Monat |
| Großbritannien | The Guardian (Times)* | 1333 | 2005-2011 | Alle Tage im Monate |
| Insgesamt | | 5521 | Fokus: 2006-2011 | |

* Kontrollzeitung

** Das Jahr 2012 wurde bereits erhoben, aber noch nicht vollständig gesäubert und ausgewertet. Die im Aufsatz präsentierten Befunde wurden durch die vorläufigen Daten aber bisher bestätigt.

Tab. 1: Übersicht zu JenaConDa
(Quelle: Eigene Darstellung)

Forschungspragmatisch wurden unter „Sozialkonflikten“ solche Auseinandersetzungen gefasst, die zwischen Gruppen mit unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen und ideellen Interessen bzw. Ansichten ausgetragen werden und keine interpersonelle bzw. intra-/interparteiliche Auseinandersetzungen sind. Auch wenn bei der Erhebung Daten für alle Sozialkonflikte und damit auch verschiedene Konflikttypen (z.B. Verteilungs-, Umwelt- und Demokratiekonflikte) aufgenommen wurden, zielte die zentrale Fragestellung auf den Formwandel von Konflikten (und damit auf die Entstehung nicht-normierter Konflikte), bei denen die soziale Frage im Mittelpunkt stand, insbesondere Arbeitskonflikte. Diese wurden als Konflikte definiert, die außerhalb gesetzlich geregelter Verfahren ausgetragen werden und sich durch kollektive Gesetzes- und/oder Regelverstöße (z.B. Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gewalt gegen Personen, Sachbeschädigung/Vandalismus oder ziviler Ungehorsam) auszeichnen. Zur Operationalisierung wurden unter nicht-normierten Konflikten alle Konflikte mit den Aktionsformen Ausschreitung, Besetzung, Flashmob, Cyberkrieg oder ziviler Ungehorsam gefasst sowie jene, bei denen Gesetzesverstöße bzw. unangemeldete Aktionen oder Gewalt vorlagen.

Beim Vergleich mit alternativen Quellen, etwa Streikstatistiken, ließ sich die Validität der Daten bestätigen; es traten aber auch einige Verzerrungen auf. Zunächst erlauben die Daten keine Rückschlüsse auf die exakte Protestanzahl, sondern es lassen sich lediglich Trends und Verschiebungen in Konflikthäufigkeit und -form beobachten. Zweitens gibt es Verzerrungen, die auf die Berichterstattung in den Medien zurückzuführen sind, denn über öffentlichkeitswirksame Proteste wird besonders ausführlich berichtet. Zuletzt erwies es sich als schlichtweg unmöglich, alle Konflikte zu erfassen. Bei den Kontrollerhebungen ließen sich fast immer einige Fehler aufspüren; falls sich hierbei jedoch hohe Fehlerquoten offenbarten, erfolgte eine Nacherhebung. Zusammengefasst: Aus den Daten können die zentralen Verlaufsmuster der Proteste ermittelt werden, aber für eine tiefergehende Darstellung bedarf es zusätzlicher Quellen.

Deshalb fließen zwei qualitative Fallstudien in die weitere Argumentation ein. Für Deutschland werden Daten aus dem Projekt „Rückenwind für die Gewerkschaften? Betriebliche Mitbestimmung und Organisationsmacht in Ostdeutschland“ (Goes et al. 2015) mit ausgewertet. Im Rahmen der von der OBS geförderten Studie wurden insgesamt 46 Interviews mit betrieblichen Akteuren in 21 Fallbetrieben (14 IGM und sieben NGG) sowie zwölf Experteninterviews mit hauptamtlichen Gewerkschaftssekretären im Zeitraum 2014 bis 2015 erhoben. Die zentrale Fragestellung bezog sich auf die Gründe gewerkschaftlicher Erneuerung; hierbei wurde auch eine Datenbasis zu Arbeitskonflikten in der Metall- und Nahrungsmittelindustrie generiert. Für das Länderbeispiel Großbritannien wird auf Forschungsergebnisse aus der Masterarbeit „Riots als nicht-normierte soziale Konflikte: Eine Fallstudie zu Greater Manchester (2013)“ von Steffen Liebig zurückgegriffen, für die 13 Interviews mit Riotern und Experten in Greater Manchester im Jahr 2012 geführt wurden (Liebig 2014). Anders als bei der Fallstudie zu Deutschland waren hier nicht-normierte Konflikte die Haupterhebungslinie.

3 Nicht-normierte Sozialkonflikte: Eine Typologie

Die Ergebnisse der quantitativen Erhebung verdeutlichen, dass die Protesthäufigkeit in Europa seit der Krise 2008/09 massiv zugenommen hat. Laut JenaConDa stieg die Anzahl der Protestereignisse vom Vorkrisenzeitraum 2004 bis 2007 auf den Nachkrisenzeitraum 2008 bis 2011 um rund 28,5 Prozent an (Abb. 1). Dabei waren drei Besonderheiten zu beobachten: *Zunächst* stellten die Protestierenden vor allem Forderungen, die mit klassischen Themen der Gewerkschaftsbewegung wie Arbeitswelt, Soziales, Wirtschaft oder Bildung verbunden waren. Der Anteil solcher klassenbasierter Proteste macht seit 2008 62,3 Prozent aus. Ihre Anzahl ist seit der Krise um fast zwei Drittel angestiegen, während die der übrigen Konflikte sogar leicht zurückgingen. Die Gewerkschaften waren zudem nachweislich bei über ein Viertel der Proteste als zentrale Akteure beteiligt. *Zweitens* kam es insbesondere in den südeuropäischen Ländern zu massiven sozialen Protesten. Der Anteil Südeuropas an den Gesamtprotesten verdreifachte sich von 17,3 auf 50,9 Prozent, was mit den schweren Krisenprozessen in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien seit 2008/09 zusammenhängt. Hiervon standen zwei Drittel aller Konflikte mit den Themen Arbeits-

welt, Soziales oder Wirtschaft in Verbindung. In allen Ländern Südeuropas schnellte die Arbeitslosigkeit massiv nach oben, in Spanien und Griechenland erreichte sie Werte von rund einem Viertel der Erwerbsbevölkerung. *Drittens*, und dies betrifft die Ausgangshypothese, hat sich die Konfliktform deutlich gewandelt: Die Protestierenden begannen institutionelle Verfahren vermehrt zu missachten und von tradierten Handlungsvorstellungen abzuweichen. Die Anzahl von nicht-normierten Konflikten in der EU-27 stieg vom Vierjahreszeitraum 2004 bis 2007 auf den Zeitraum 2008 bis 2011 von 107 auf 158 Nennungen, also um fast die Hälfte. Prozentual machte dies an den Gesamtkonflikten eine Steigerung von 31,2 (2004-2007) auf 35,9 Prozent (2008-2011) aus. Davon thematisierten 46,7 Prozent die Bereiche Arbeitswelt, Soziales und Wirtschaft/Globalisierung (vor der Krise waren es nur 39,4 Prozent). Jedoch verläuft diese Entwicklung je nach Land sehr unterschiedlich. War etwa im Datensatz für Deutschland keine größere Veränderung zu beobachten und der Anteil nicht-normierter Konflikte in Frankreich mit 27,2 (2006) und 30,4 Prozent (2007) schon vor der Krise recht hoch, ließ sich in Großbritannien eine Steigerung von 24,9 (2005-2007) auf 28,4 Prozent (2008-2011) feststellen; in Südeuropa wuchs der Anteil sogar von 15,9 (2004-2007) auf 40,7 Prozent (2008-2011).

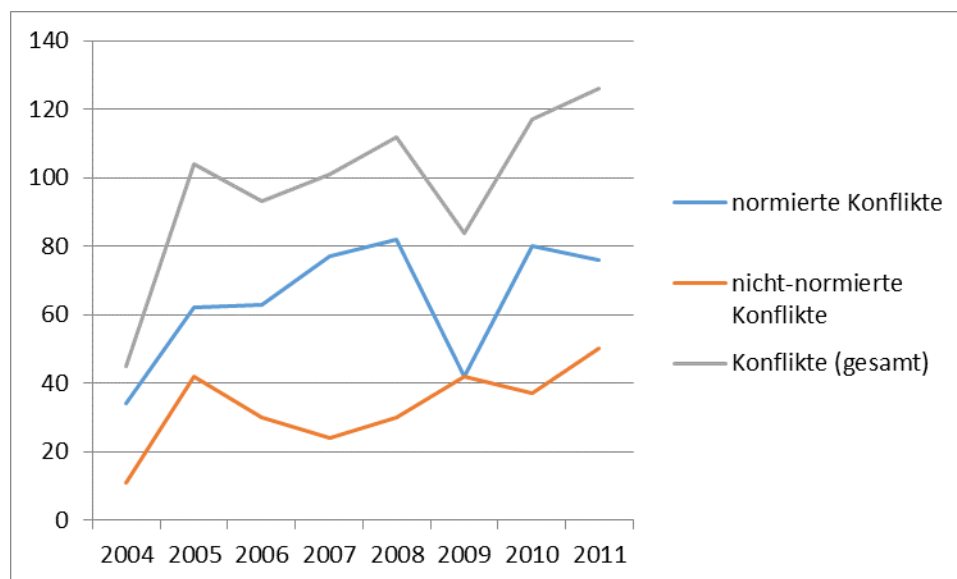


Abb. 1: Soziale Konflikte in der EU-27

(Quelle: Eigene Darstellung mit Daten aus JenaConDa)

Bei einem genaueren Blick auf das Datenmaterial lassen sich drei Typen nicht-normierter Konflikte in der Krise herausarbeiten, die wir im Folgenden kurz charakterisieren: „wilde“ Betriebskonflikte, politische Massenbewegungen und soziale Unruhen oder Riots. Bei allen Protestformen spielt die Erosion der eingangs beschriebenen Ebenen der Konflikteinhegung eine wichtige Rolle.

3.1 Wilde Betriebskonflikte

Unter den schweren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Finanz- und Wirtschaftskrise äußern sich die Repräsentationslücken und mangelnden institutionellen Rechte in defensiven „wilden“ Betriebskonflikten. In der Krise kam es in Frankreich, England und verschiedenen südeuropäischen Ländern zu einer Reihe von Bossnappings, wilden Streiks und Betriebsbesetzungen (Hayes 2012; Gall 2010, 2012). In JenaConDa ließen sich diese Konfliktwellen besonders deutlich in den Jahren 2008/09 in den Länderdatensätzen zu Großbritannien und Frankreich beobachten. Insbesondere 2009 kam es zu einer Welle von nicht-normierten betrieblichen Konflikten. In Frankreich schnellte der Anteil solcher wilder Betriebskonflikte an den gesamten betrieblichen Auseinandersetzungen im Datensatz 2008 kurzzeitig auf 68,8 Prozent bzw. elf Nennungen hinauf. Das ist numerisch mehr als in den drei Vorjahren zusammen und prozentual doppelt so viel im Vergleich zum Durchschnittsniveau zuvor. Viele bekannte Unternehmen wie Faurecia, Continental, Michelin, Caterpillar oder 3M waren von solchen Protestaktionen betroffen. Ähnliches ließ sich für Großbritannien ermitteln. Auch hier war im Jahr 2009 eine Welle von nicht-normierten betrieblichen Auseinandersetzungen mit 16 Nennungen auszumachen. Vergleichbare Konflikte konnten im Europadatensatz für Griechenland und Spanien festgestellt werden. Anders als die Nachbarstaaten blieb Deutschland bei dieser Entwicklung weitgehend außen vor: Es ließ sich nur ein einziger vergleichbarer Konflikt (beim Automobilzulieferer Karmann in Osnabrück) beobachten, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die nicht-normierten Betriebskonflikte stark von der Entwicklung der industriellen Beziehungen in den Mitgliedstaaten abhängig sind. Denn sie artikulierten sich an der Verknüpfung zwischen teils entleerter betrieblicher und überbetrieblicher Regulierung von Arbeit.

So haben beispielsweise die französischen Gewerkschaften jahrzehntelang Mitgliederverluste hinnehmen müssen. Der Organisationsgrad von nur noch acht Prozent in der Privatwirtschaft und sogar nur noch fünf Prozent im öffentlichen Dienst hat den niedrigsten Stand aller OECD-Länder erreicht. Zwar sind die Gewerkschaften in politischen Auseinandersetzungen weiterhin mobilisierungsfähig, da ihre Organisationsgrenzen fließender sind und sie mit anderen sozialen Bewegungen und Initiativen kooperieren (Artus/Holland 2013). Doch auf betrieblicher Ebene sind große weiße Flecken in der Privatwirtschaft entstanden. Zudem sind sozialpartnerschaftliche Übereinkommen mit den „Patrons“, der meist paternalistischen Unternehmensleitung, eher die Ausnahme als die Regel. Viele institutionelle Regelungen zur Absicherung der Arbeitnehmer im Fall von Entlassungen, die z.B. in Deutschland üblich sind, wie umfangreiche Abfindungszahlungen, existieren nicht, sodass es bei Entlassungswellen oftmals zu harten Auseinandersetzungen zwischen den Beschäftigten und den Arbeitgebern kommt. Folglich führten die Krisenprozesse in der französischen Industrie zu heftigen Konflikten: In insgesamt drei Wellen (Frühling/Sommer 2009, Anfang 2010 und Winter 2013/14) besetzten französische Arbeiter ihre Betriebe oder nahmen sogar ihre Vorgesetzten in Gewahrsam, um gegen Entlassungen zu protestieren (zu den ersten beiden Wellen vgl. Hayes 2012, S. 189). Die Konfliktformen sind dabei bereits länger erprobt und Teil des wiederentdeckten „repertoire of

contention“ der französischen Arbeiter: Bossnapping wurde bereits in den Jahren um 1968 in einer Offensivperiode der Arbeiterbewegung eingesetzt, um eine Demokratisierung der paternalistischen betrieblichen Beziehungen durchzusetzen (Dubois 1973). Neu ist die massive Ausbreitung der betrieblichen Aktionen in den vergangenen Jahrzehnten; in ihr spiegelt sich auch die Erosion des französischen Systems industrieller Beziehungen wider (Join-Lambert et al. 2011).

Eine ähnliche Kombination betrieblicher und überbetrieblicher Faktoren war ursächlich für eine Welle von Betriebsbesetzungen und wilden Streiks in Großbritannien während der Krise. In Großbritannien sind zwar die Gewerkschaften nach wie vor mit einem Organisationsgrad von rund einem Viertel stärker repräsentiert, aber ihre Präsenz im Industriesektor hat abgenommen und sie haben vor allem an institutioneller Macht sowie an politischem Einfluss eingebüßt. Durch den Thatcherismus wurden ein restriktives Streikrecht eingeführt und die Sonderrechte der Gewerkschaften in den Closed Shops deutlich geschwächt (Taylor 1993, S. 284 ff.); in der New-Labour-Periode von 1997 bis 2010 änderte sich hieran wenig. Während der Krise kam es in Großbritannien zu verschiedenen betrieblichen Protesten. Zum einen fand zwischen Ende 2007 und Sommer 2009 im industriellen Bereich eine Welle von Betriebsbesetzungen statt, in der sich in vielen Fällen nicht- oder schwachgewerkschaftlich organisierte Belegschaften gegen Entlassungen wendeten (Gall 2010, S. 112 ff.). Außerdem kam es zu einer wilden Streikwelle von Bauingenieuren im Energiesektor, die aufgrund der institutionellen Rahmenbedingungen teilweise am Gewerkschaftsapparat vorbei geführt wurde (Gall 2012). Dabei richteten sich die Proteste auch gegen den systematischen Einsatz von ausländischen Billigleiharbeitern und bekamen mit dem Slogan „British Jobs for British Workers“ eine nationalistische Konnotation. Die Streikbewegung zeigte das Dilemma, dass nicht-normierte Konflikte sich politisch nach rechts wenden können.

Die Protestform der wilden Betriebskonflikte kam in Frankreich und England also vor allem im industriellen Sektor zum Einsatz. Die südeuropäischen Staaten verzeichneten seit Beginn der Krise vergleichbare Proteste. In Italien gab es z.B. immer wieder einzelne Besetzungen wie etwa beim Carbosulcis-Kohlebergwerk im Jahr 2012. Auch in Griechenland kam es in der Krise zu Besetzungen, die jedoch primär im öffentlichen Sektor stattfanden und sich dort, wie im Fall des griechischen Nachrichtensenders ERT, gegen die Sparpolitik der Regierung richteten.

3.2 Politische Massenproteste

Die Kürzungen im öffentlichen Sektor und im Sozialbereich sowie die direkten Interventionen der Troika in die Arbeitsmarktpolitik zogen weitaus größere Proteste nach sich. Solche politischen Massenproteste waren in vielen europäischen Staaten zu beobachten, insbesondere in Südeuropa. Sie nahmen ab 2010 deutlich zu: In Jena-ConDa zur EU-27 waren 2010 und 2011 16 nicht-normierte Massenproteste mit nachweislich jeweils über 10.000 Teilnehmern vorzufinden; das waren mehr als in den sechs Vorjahren zusammen. Bei diesen Auseinandersetzungen handelte es sich überwiegend um „polanyische Konflikte“ (Silver 2005, S. 34 ff.), die sich in Anschluss an Karl Polanyi gegen die Entbettung des Marktes aus der Gesellschaft und damit

gegen die Vermarktlichung der gesellschaftlichen Beziehungen durch die aktuellen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen richten. Ferner wenden sich viele dieser Protestbewegungen gegen das „postdemokratische“ Repräsentationsdefizit im politischen System (Crouch 2008). Denn zahlreiche – teils technokratische – Regierungen setzen solche Maßnahmen gegen große Teile der Bevölkerung durch. Diese Situation trägt dazu bei, dass Gewerkschaften vermehrt mittels (defensiver) Proteste gegen die Sozialkürzungen in die politische Sphäre intervenieren. Eine Folge ist die Zunahme politischer Streiks: Nach einem Datensatz von John Kelly et al. (2013, S. 1031) stieg deren Anzahl in der EU-15 und Norwegen von 18 in den 1980er Jahren auf 26 in den 1990er Jahren bis auf 28 im Zeitraum von 2000 bis 2006. Die Austeritätspolitik und die Interventionen der Troika führten in acht EU-Staaten zu Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst; in sieben Ländern wurden die Tarifvertragsysteme dezentralisiert oder ausgehöhlt (Schulten/Müller 2013). Außerdem kam es zu Sparauflagen, Entlassungswellen im öffentlichen Dienst und zu Privatisierungen. Die Folge war eine explosionsartige Zunahme von politischen Streiks: Alleine 2010 und 2013 fanden 37 Generalstreiks statt, deutlich mehr als in den 1980er und 1990er Jahren in einem gesamten Jahrzehnt (Gallas/Nowak 2014, S. 310).

Allerdings beschränken sich derartige Auseinandersetzungen nicht nur auf „verwilderte“ Gewerkschaftskonflikte: Vielmehr zeichnet sich die Krise gerade dadurch aus, dass auch neue Jugendbewegungen entstanden sind, die sich für „echte Demokratie“ (*democracia real*) einsetzen und sich dabei bewusst von den politischen Eliten und auch den Gewerkschaften abgrenzen. Dies ist vor allem dadurch begründet, dass die Situation von jungen Erwachsenen auf dem europäischen Arbeitsmarkt besonders prekär ist: In Spanien und Griechenland ist heute jeder zweite Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahren arbeitslos, in Portugal sowie Italien mehr als jeder Dritte und im gesamten Euroraum jeder Vierte. Falls diese jungen Erwachsenen dennoch (zeitweilig) in Lohn und Brot kommen, handelt es sich oftmals um prekäre Jobs im Niedriglohnsektor. Die neuen Jugendbewegungen sehen die Gewerkschaften deshalb nicht immer als ihre Interessensvertretung an, da jene sich gerade in Südeuropa hauptsächlich für die Stammebelegschaften einsetzen (Lehndorff 2013, S. 183).

Kurz, die Massenproteste entflamten an der Nahstelle zwischen makropolitisch und überbetrieblicher Sphäre der Konflikteinhegung. Ihre Sozialstruktur deutet auf zwei verschiedene Subtypen hin: Während der „Aufruhr der Ausgebildeten“ (Kraushaar 2012), der Indignados und Occupy-Aktivist*innen, oft auch prekarierte oder arbeitslose Hochschulabsolvent*innen oder Menschen mit Abiturabschluss zusammenbringt, die von den Gewerkschaften keine Vertretung ihrer Interessen erwarten, stehen in den Kämpfen gegen Sozialkürzungen und Austeritätsmaßnahmen häufig Gewerkschaften (insbesondere aus dem öffentlichen Dienst) an der Spitze. In einigen Fällen wie bei den Austeritätsprotesten in Griechenland überkreuzten sich auch die Protestformen und die soziale Basis der beiden Konflikttypen.

3.3 Städtische Unruhen und Riots

Städtische Unruhen oder Riots sind die dritte Form nicht-normierter sozialer Konflikte. Sie wurzeln meist in ökonomischer und symbolischer Marginalisierung und gehen von deprivierten Vorstädten großer europäischer Metropolen aus. Ihre Träger haben oftmals einen Migrationshintergrund; junge Männer sind deutlich überrepräsentiert. Unmittelbarer Auslöser der Unruhen ist in der Regel Polizeigewalt, die strukturellen Ursachen liegen jedoch tiefer und verweisen auf soziale Missstände. Da ihre Protagonisten meist weder explizite politische Forderungen aufstellen noch in einem konventionellen Sinne politisch organisiert sind (z.B. als Bündnis, Partei etc.), wird in Politik und Wissenschaft sehr kontrovers über ihre Bedeutung gestritten (Dzudzek/Müller 2013). Dies hat auch damit zu tun, dass in den Riots das Aufbrechen der institutionellen Isolierung sozialer Konflikte besonders deutlich wird: Die Konflikte lassen sich kaum noch einer der Ebenen der Konfliktkanalisation zuordnen. Ihre Form, ihre politische Delegitimierung und ihre sozialen Ursachen erinnern vielmehr an die „Brotkonflikte“ am Ende des 18. Jahrhunderts, die E. P. Thompson in seiner historischen Untersuchung zur Entstehung der Arbeiterklasse beschreibt (Thompson 1980) und die in einer Zeit stattfanden, in der das Institutionensystem sowie die Sozialstruktur moderner Gesellschaften erst in ihren Grundzügen erkennbar war.

In Europa brachen in den letzten Jahren mehrere derartige Konflikte aus, die sich in ihren Ursachen, Auslösern, Trägergruppen und Abläufen allerdings z.T. beträchtlich unterschieden. Bereits 2005 kam es, nachdem zwei Jugendliche auf der Flucht vor der Polizei tödlich verunglückten, zunächst in den Pariser Banlieues und darauf in ganz Frankreich wochenlang zu Riots, in deren Verlauf u.a. über 10.000 Autos angezündet wurden; 2010 wiederholten sich ähnliche Szenen in Mailand. Danach ereigneten sich im August 2011 in London sowie im Mai 2013 in Stockholm massive und mehrtägige Riots, bei denen es zu zahlreichen Angriffen auf die Polizei und Plünderungen kam. Während sie sich in England jedoch rasch in andere Städte wie Manchester, Liverpool oder Birmingham ausbreiteten, blieben sie in Schweden stärker auf die Hauptstadt beschränkt. Diese Dynamiken wurden auch in JenaConDa abgebildet: So ist im Datensatz für Großbritannien 2011 mit 36,5 Prozent das Jahr mit dem größten Anteil an nicht-normierten Konflikten, wovon über die Hälfte auf Ausschreitungen und Riots zurückging.

Anhand von Daten des Innenministeriums kann ein Profil des „typischen Rioters“ in England rekonstruiert werden (Home Office 2011). Zwar stechen Heterogenität und (lokale) Überrepräsentation ethnischer Minderheiten sofort ins Auge. Dennoch spiegelt die Gesamtheit der Rioter, besonders jene außerhalb Londons, eher einen Querschnitt sozialer Deprivation und kriminalisierter Menschen als eine auf ethnischer Vergemeinschaftung basierende Gruppe wider (Clarke 2012, S. 284). Der Zusammenhang von Deprivation und Riot-Beteiligung ist klar belegt (Riot Panel 2012, S. 18). Auch sprechen qualitative Interviews mit Beteiligten dafür, soziale Gründe wie Wut auf die Polizei und mangelnde alternative Artikulationsmöglichkeiten ins Zentrum der Erklärung zu rücken. So fasst ein junger Erwachsener aus Manchester seine Beweggründe wie folgt zusammen:

„It was just a group of young people, all quite frustrated but not frustrated at the police in particular [...], not frustrated at the actual managers at the shops that they were smashing up but just angry at the society as a whole and how they have been treated by everything: by the education system, by the government, by the police, by the... everything.“ (Rioter, MCR I; eigene Daten)

Die Riots in Stockholm waren – mit immer noch 200 zerstörten Autos – zwar kleiner, kamen jedoch im einstigen Vorzeigeland des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats umso überraschender. Sie waren nicht nur „a blazing surprise“ (The Economist, 01.07.2013), sondern stellten gleichzeitig auch die soziale Identität des Landes in Frage. Viele Analysen verweisen vor allem auf den sozialen Kontext (z.B. Schierop et al. 2014), denn auch in Schweden wurden Teile des ehemals öffentlichen Sektors privatisiert und wohlfahrtsstaatliche Rechte gekürzt; heute hat Schweden die am schnellsten wachsende Einkommensungleichheit von allen OECD-Ländern. Für die Riots noch entscheidender ist, dass dazu die zuvor breit regulierte Wohnungspolitik liberalisiert und die Migrationspolitik verschärft wurde, was nicht nur in Stockholm zu einer starken ethnischen Segregation führte.

Bei beiden Konflikten scheint, wie bei ihren historischen Vorläufern, ein starkes subjektives Ungerechtigkeitsempfinden, eine Verletzung der „moral economy“ (Thompson 1980) der Subalternen die Triebfeder für die Beteiligung zu sein. Die strukturellen Positionen, von denen aus sich das „Bargaining by Rioting“ (Dörre 2010, S. 900) vollzieht, unterscheiden sich freilich: Heute sind relative Deprivation, fortgeschrittene Marginalisierung, struktureller Rassismus und eine Entkopplung von den institutionellen Kanälen der Konfliktregulierung entscheidend; dabei ist insbesondere der mögliche Ausschluss von den Institutionen der Konfliktregulierung in ihrer korporatistischen und wohlfahrtsstaatlichen Verfassung ein geschichtlich relativ neues Moment.

4 Sonderfall Deutschland: Die Ausnahme bestätigt die Regel?

Doch wie äußerte sich die Konfliktwelle in Deutschland? Bisher scheint die Verwilderung des sozialen Konflikts an dem Land spurlos vorübergegangen zu sein. Dies hängt mit den Rahmenbedingungen zusammen: Die deutsche Volkswirtschaft konnte die Krise in Europa vergleichsweise gut überstehen. Trotz eines wirtschaftlichen Einbruchs um 5,1 Prozent im Jahr 2009 wurden durch Maßnahmen wie „Langzeit-Kurzarbeit“ die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt – auf Kosten von Massentlassungen von Leiharbeitern – vergleichsweise gering gehalten. Deutschland weist heute mit knapp über fünf Prozent eine niedrige Arbeitslosenrate auf. Dies liegt auch daran, dass die Krise bisher durch eine Exportoffensive auf außereuropäische Märkte – vor allem in die chinesische Volkswirtschaft – abgefedert werden konnte; zudem profitierte die Staatskasse von Kapitalzuflüssen und niedrigen Zinsen für Bundesanleihen. Folglich fielen die Kürzungen nach der Krise geringer aus als in den meisten Nachbarländern, auch die Löhne im öffentlichen Dienst blieben stabil. Dies ist ebenfalls ein wichtiger Grund, warum sich im JenaConDa-Datensatz für Deutschland kein signifikanter Anstieg von nicht-normierten Konflikten nach der Krise ausmachen lässt. Lediglich 2011 kam es zu einer Protestwelle (Occupy, Stuttgart 21, Anti-Atombewegung), die aber bald wieder abflaute und allenfalls nur indirekt mit der Kri-

se und der sozialen Frage in Verbindung stand. Jedoch gibt es auch in Deutschland eine Zersplitterung und einen Formwandel des sozialen Konflikts – allerdings innerhalb der rechtlichen Rahmenbedingungen. Hierfür sind die Erneuerung der deutschen Gewerkschaften und das noch halbwegs intakte institutionelle Gefüge des rheinischen Kapitalismus ausschlaggebend. Die Veränderungen werden an den betrieblichen Konflikten und den großen Protest- sowie Streikbewegungen besonders deutlich. Riots und städtische Massenunruhen blieben indes aus.⁵

Bei den betrieblichen Konflikten wurde zunächst beobachtet, dass es sich bei der Krise 2008/09 um eine „Krise ohne Konflikt“ (Detje et al. 2011) handelt. Obwohl sich vielerorts diffuse Unzufriedenheit aufgestaut hatte, kam es nur selten zu Streiks oder gar zu nicht-normierten Protestformen. Sicherlich sind die institutionellen Rahmenbedingungen hier von großer Bedeutung, da die rechtlichen Regelungen (Anspruch auf Abfindungszahlungen etc.) viele Konflikte abdämpfen. Allerdings wird deutlich, dass es gerade in Fällen, in denen das Institutionensystem der industriellen Beziehungen nicht mehr intakt ist (keine Betriebsräte, keine Tarifbindung, schwache gewerkschaftliche Vertretung etc.), zu ungewöhnlichen Konflikten kommen kann. Dies ist durchaus relevant, da die Tarifbindung (1996: 66 Prozent West, 48 Prozent Ost; 2014: 47 Prozent West, 28 Prozent Ost), der Deckungsgrad von Betriebsräten (1996: 51 Prozent West, 43 Prozent Ost; 2014: 43 Prozent West, 33 Prozent Ost; vgl. hierzu Ellguth/Kohaut 2015) und der gewerkschaftliche Organisationsgrad (1996: 27,8 Prozent, 2013: 17,7 Prozent) in den letzten Jahrzehnten deutlich abgenommen haben. Ein bekannter Fall ist der Automobilzulieferer Schaeffler, bei dem es in der Krisensituation zu einer eigenständigen Mobilisierung der Beschäftigten kam, um staatliche Hilfen für das angeschlagene Unternehmen durchzusetzen. Diese Stimmung wurde von der IG Metall aufgegriffen und zur Steigerung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades sowie zur Vergrößerung der Mitbestimmung auf Unternehmensebene genutzt (Hinz/Woschnack 2013). Ähnliche Prozesse ließen sich bei anderen Fällen feststellen: In einer Studie zur gewerkschaftlichen Erneuerung in Ostdeutschland konnten wir verschiedene Betriebe ausmachen, die zwischenzeitlich in wirtschaftliche Probleme geraten waren und wo sich in dieser Situation die Beschäftigten überhaupt erst gewerkschaftlich organisierten, um Betriebsräte zu etablieren und eine Tarifierung durchzusetzen (Goes et al. 2015). Bei den folgenden, meist heftigen Konflikten setzte die Geschäftsführung teils rabiate Mittel wie Abmahnungen oder Mobbing ein. Nachdem sich jedoch die Belegschaft hinreichend gewerkschaftlich organisiert hatte, war in der Regel kein Erzwingungsstreik mehr notwendig; die bloße Gefahr von Produktionsausfällen brachte die Geschäftsführung zum Einlenken.

Diese Entwicklung lässt sich neben dem glimpflichen Ausgang der Krise dadurch erklären, dass die Gewerkschaften sich organisatorisch neu aufgestellt haben (Schmalz/Dörre 2013). Das äußert sich nicht nur in einer Stabilisierung bzw. sogar in Mitgliedergewinnen (gerade unter Jugendlichen und prekär Beschäftigten), sondern auch in veränderten Organisationspraktiken wie einer stärkeren Beteiligung der Mit-

⁵ Dafür sind mehrere Gründe ursächlich, die hier nicht ausgeführt werden können. Dazu zählen die EU-weit niedrigste Jugendarbeitslosigkeitsrate sowie eine schwächere städtische Segregation und soziale Exklusion von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund als in verschiedenen Nachbarstaaten.

glieder und einer Umverteilung von Ressourcen im Apparat. Auf lokaler Ebene bedeutete dies, um es in den Worten eines Hauptamtlichen der IGM auszudrücken, dass man sich organisationspolitisch an betrieblichen Konflikten ausrichtet: „Wir nehmen uns einfach die Konflikte, die da sind, bearbeiten sie aber anders“ (Gewerkschaftssekretär E-I11). Dabei geht es um die konkrete Beteiligung der Mitglieder und Öffentlichkeitsarbeit: „Es gibt hier keinen Konflikt mehr ohne Mitgliederversammlung. Wir versuchen [...] tatsächlich jeden Konflikt auch so zu führen, dass er auch in der Öffentlichkeit sichtbar ist“ (ebd.).

Die Situation einer fragmentierten Tariflandschaft trägt zudem dazu bei, dass viele betriebliche Konflikte einer veränderten institutionellen Logik gehorchen (Goes et al. 2015). Die klassische funktionale Trennung zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten in der dualen Interessenrepräsentation verschwimmt in solchen Auseinandersetzungen, da Betriebsräte informell stärker als tarifpolitische Akteure auftreten und Gewerkschafter mit begrenzten Ressourcen den hohen Partizipationsansprüchen der Beschäftigten in vielen einzelnen Betrieben gerecht werden wollen und sich neben den Tarifverhandlungen mit einer Fülle von anderen Themen auseinandersetzen müssen. Diese Dynamiken sind im Dienstleistungssektor noch zugespitzter, da hier die Fragmentierung der Tariflandschaft und der betrieblichen Mitbestimmung deutlicher ausgeprägt sind (Dribbusch/Birke 2014). Folglich hat in den letzten Jahren zwar nicht die Anzahl der Streiktage oder der daran beteiligten Beschäftigten signifikant zugenommen, wohl aber ist die Anzahl der Tarifkonflikte von nur 82 (2007) auf 214 (2014) gestiegen.

Ein ähnlich zwiespältiges Bild lässt sich bei den politischen Massenprotesten zeichnen: In Deutschland ist es zu keinen politischen Streiks gekommen, alleine schon weil das Streikrecht dies nicht zulässt. Auch ist keine mit Spanien oder Griechenland vergleichbare soziale Bewegung gegen Sparmaßnahmen entstanden. Dennoch lassen sich Umbrüche verzeichnen, die mit der Austeritätspolitik in Verbindung stehen. Diese tritt in Deutschland vielen Beschäftigten der Kommunen und Länder in Form der Schuldenbremse gegenüber. Die Dynamik des Kita-Streiks 2015 ließe sich z.B. kaum verstehen, ohne zu beachten, dass die Forderung von ver.di nach einer Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste auf finanziell schwach ausgestattete kommunale Arbeitgeber trifft. Dass sich der Konflikt in die Länge zog, da eine Lösung erst nach mehreren Verhandlungsrunden, einem unbefristeten Streik und einem durch die Beschäftigten abgelehnten Schlichterspruch gefunden wurde, ist Ergebnis dieser Konstellation. Neben Sparzwängen werden die Konflikte im (ehemals) öffentlichen Sektor von weiteren Trends wie der Abschaffung des Beamtenstatus (Lokführerstreik), Ausgründungen zur Kostensenkung (Poststreik) und Privatisierungen angeheizt (Streeck 2015). Die Proteste sind aber weiterhin in die institutionellen Bahnen von klassischen Tarifkonflikten eingebettet und führen ähnlich wie die betrieblichen Konflikte in der Krise kaum zu politischen Auseinandersetzungen. Letztlich geht die erstaunliche Stabilität des deutschen Kapitalismus in der Krise also mit einem begrenzten Formwandel der sozialen Konflikte einher, bei dem die Institutionen und Organisationen der Konflikteinhegung – teils in veränderter Art und Weise – nach wie vor sowohl auf der betrieblichen als auch überbetrieblichen Ebene wirken.

5 Fazit: Labour Conflict Studies

Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 hat in Westeuropa eine neue Protestwelle hervorgerufen. Diese zeichnet sich durch eine deutliche Steigerung von klassenbasierten Protesten und eine Zunahme nicht-normierter Sozialkonflikte aus. Die neuartigen Auseinandersetzungen, ob politische Massenbewegungen, wilde Betriebskonflikte oder städtische Unruhen, resultieren daraus, dass die traditionellen Mechanismen und Institutionen der Konflikteinhegung in vielen europäischen Staaten nicht mehr richtig funktionieren. Der „Konsolidierungsstaat“ (Streeck 2013, S. 141) engte die Verteilungsspielräume ein und zerstörte Institutionen wie Flächentarifvertragssysteme. Auf betrieblicher Ebene hatte sich schon zuvor eine schleichende Aushöhlung der Interessensvertretung vollzogen. Das Zentrum der sozialen Auseinandersetzungen lag bisher in Südeuropa; sie erreichten aber auch die Werkstore vieler Betriebe und die Vorstädte zahlreicher Metropolen in anderen Staaten. Allerdings blieben die Proteste in Europa bisher räumlich isoliert, was ebenfalls zu ihrer relativen Erfolglosigkeit beitrug. Gerade die nicht-normierten Konflikte wurden aus verschiedenen Zentrumsstaaten wie Deutschland, Niederlande oder Österreich weitgehend ferngehalten; in Deutschland äußern sich solche Auseinandersetzungen zwar in einer Dezentralisierung, Zersplitterung und Tertiärisierung von Arbeitskämpfen, allerdings werden diese weiterhin primär als Tarifkonflikte innerhalb der Institutionen der industriellen Beziehungen ausgetragen. Ob das labile (Un-)Gleichgewicht im „deutschen Europa“ (Beck 2012), das bisher durch die Abwälzung der Krisenlasten auf die (Semi-)Peripherie der EU zusammengehalten wird, dauerhaft trägt, ist indes fraglich.

Angesichts der Fortführung der Sparpolitik – selbst im linksregierten Griechenland – ist anzunehmen, dass Konflikte um Arbeit und soziale Reproduktion in den nächsten Jahren eine hohe Bedeutung in Europa haben werden. Für die weitere arbeitssoziologische Forschung sollte dies bedeuten, dem Thema Konflikte eine größere Rolle einzuräumen. Bei solchen Labour Conflict Studies ginge es sicherlich zunächst darum, die neuen Konflikte in Europa überhaupt erst angemessen zu analysieren und zu kategorisieren. In einem zweiten Schritt wäre dann die Frage nach dem veränderten „repertoire of contention“ und den Trägern des sozialen Protests zentral; der Begriff der nicht-normierten Sozialkonflikte könnte hierbei eine Rolle spielen. Die Frage nach dem Formwandel des sozialen Konflikts impliziert jedoch auch, den Forschungsgegenstand auszuweiten. Um die Riots in den europäischen Vorstädten und die Betriebsbesetzungen besser zu verstehen, mag mitunter eine räumliche Ausdehnung der Forschung auf die (Semi-)Peripherie des kapitalistischen Weltsystems und auch eine historische Erweiterung auf Protestformen vor dem Nachkriegskapitalismus bedeutsam sein. Solche globalhistorisch ausgerichteten Labour Conflict Studies könnten der Arbeitssoziologie neue Impulse geben.

Literatur

- Artus, I./Holland, J. 2013: Von der Belebung des toten Ritters in seiner Rüstung: Coalition building und Gewerkschaftsproteste in Frankreich. In: Schmalz, S./Dörre, K. (Hg.): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Frankfurt/M., S. 131-147.
- Beck, U. 1986: Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. 5. Auflage. Frankfurt/M.
- Beck, U. 2012: Das deutsche Europa – Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise. Berlin.
- Clarke, B. 2012: Profiling the “Rioters”. Findings from Manchester. In: Briggs, D. (Hg.): The English Riots of 2011. A Summer of Discontent. Hampshire, S. 279-302
- Crouch, C. 2008: Postdemokratie. Berlin.
- Dahrendorf, R. 1957: Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart.
- Dahrendorf, R. 1963: Elemente einer Theorie des sozialen Konfliktes. In: Ders.: Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart. München, S. 197-235.
- Detje, R./Menz, W./Nies, S./Sauer, D. 2011: Krise ohne Konflikt? Zur Wahrnehmung der Wirtschaftskrise aus Sicht von Betroffenen. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 64., H. 10, S. 503-510.
- Dörre, K. 2010: Überbetriebliche Regulierung von Arbeitsbeziehungen. In: Voß, G./Wachtler, G./Böhle, F. (Hg.): Handbuch Arbeitssoziologie. Wiesbaden, S. 873-912.
- Dribbusch, H./Birke, P. 2014: Die DGB-Gewerkschaften seit der Krise: Entwicklungen, Herausforderungen, Strategien. Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10716-22042015.pdf> [zuletzt aufgesucht am 15.08.2015].
- Dubois, P. 1973: La séquestration. In: Sociologie du Travail, Jg. 15, H. 4, S. 410-427.
- Dzudzek, I./Müller, M. 2013: Der Lärm des Politischen. Die Londoner riots 2011 und ihre politischen Subjekte. In: sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung, Jg. 1, H. 2, S. 17-40.
- Ellguth, P./Kohaut, S. 2015: Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2014. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 68, H. 4, S. 290-297.
- Gall, G. 2010: Resisting Recession and Redundancy: Contemporary Worker Occupations in Britain. In: Working USA, Jg. 13, H. 1, S. 107-132.
- Gall, G. 2012: The engineering construction strikes in Britain, 2009. In: Capital & Class, Jg. 36, H. 3, S. 411-431.
- Gallas, A./Nowak, J. 2014: Mass Strikes against Austerity in Western Europe – A Strategic Assessment. In: Global Labour Journal, Jg. 5, H. 3, S. 306-321.
- Geiger, T. 1949: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. Köln.
- Goes, T./Schmalz, S./Thiel, M./Dörre, K. 2015: Aufwind für Gewerkschaften? Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland. OBS-Arbeitsheft Nr. 83, Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt/M.

- Hayes, G. 2012: Bossnapping: Situating Repertoires of Industrial Action in National and Global Contexts. In: *Modern & Contemporary France*, Jg. 20, H. 2, S. 185-201.
- Hinz, S./Woschnack, D. 2013: Der Fall Schaeffler: Die widersprüchliche Entstehung einer Mitbestimmungskultur. In: Schmalz, S./Dörre, K. (Hg.): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt/M., S. 161-172.
- Home Office 2011: An Overview of recorded Crimes and Arrest Resulting from Disorder Events in August 2011. Internet: <http://www.homeoffice.gov.uk/publications/science-research-statistics/research-statistics/crime-research/overview-disorder-aug2011/overview-disorder-aug2011?view=Binary> [zuletzt aufgesucht am 15.08.2015].
- Honneth, A. 2011: *Verwilderungen des sozialen Konflikts. Anerkennungskämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. MPIfG Working Paper, 11/4, Köln.
- Join-Lambert, O./Lallement, M./Hatzfeld, N./Ray, J.-E./Sommier, I./Offerlé, M./Pelisse, J. 2011: Au-delà du conflit et de la négociation? In: *Sociologie du Travail*, Jg. 53, H. 2, S. 160-193.
- Kelly, J./Hamann, K./Johnston, A. 2013: Unions against governments: General strikes in Western Europe 1980-2006. In: *Comparative Political Studies*, Jg. 46, H. 3, S. 1030-1057.
- Kraushaar, W. 2012: *Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung*. Hamburg.
- Lehndorff, S. 2013: Verschiedene Welten? Gewerkschaften in der europäischen Krise. In: *Das Argument*, Jg. 55, H. 1/2, S. 181-199.
- Liebig, S. 2014: Soziale Unruhen als nicht-normierte Konflikte. Das Beispiel der englischen Riots in 2011. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Jg. 44, H. 2, S. 271-287.
- Piven, F. F. 2008: *Challenging Authority How Ordinary People Change America*. Plymouth.
- Piven, F. F./Cloward, R. A. 1992: Normalizing Collective Protest. In: Morris, A. D./McClurg Mueller, C. (Hg.): *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven, S. 301-325.
- [Riot Panel, Abk. d. A.] Riots Communities and Victims Panel 2012: After the riots. The final report of the Riots Communities and Victims Panel. Internet: <http://riotspanel.independent.gov.uk/wp-content/uploads/2012/03/Riots-Panel-Final-Report1.pdf> [zuletzt aufgesucht am 15.08.2015].
- Rucht, D. (Hg.) 2001: *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*. Frankfurt/M.
- Schierop, C.-U./Ålund, A. /Kings, L. 2014: Reading the Stockholm riots. A moment for social justice? In: *Race & Class*, Jg. 55, H. 3, S. 1-21.
- Schmalz, S./Dörre, K. (Hg.) 2013: *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt/M.
- Schmalz, S./Weinmann, N. 2013: Zwei Krisen, zwei Kampfzyklen: Gewerkschaftsproteste in Westeuropa im Vergleich. In: Schmalz, S./Dörre, K. (Hg.): *Comeback der*

- Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Frankfurt/M, S. 76-98.
- Schmalz, S./Liebig, S. 2014: Ein neuer Protestzyklus? Zum Wandel des sozialen Konflikts in Westeuropa. In: Dörre, K./Jürgens, K./Matuschek, I. (Hg.): Arbeit in Europa. Marktfundamentalismus als Zerreißprobe. Frankfurt, S. 229-246.
- Schulten, T./Müller, T. 2013: Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik. In: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 39, H. 3, S. 291-32.
- Silver, B. J. 2005: Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Berlin.
- Streeck, W. 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin.
- Streeck, W. 2015: The strikes sweeping Germany are here to stay. In: The Guardian, 22.5.2015. Internet: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/may/22/strikes-sweeping-germany-here-to-stay> [zuletzt aufgesucht am 15.08.2015].
- Taylor, R. 1993: The trade union question in British politics. Government and unions since 1945. Oxford.
- The Economist 2013: Sweden`s riots: A blazing surprise. Internet: <http://www.economist.com/news/europe/21578725-scandinavian-idyll-disrupted-arson-and-unrest-blazing-surprise> [zuletzt aufgesucht am 01.03.2014].
- Thompson, E. P. 1980: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Frankfurt/M.
- Tilly, C. 1986: The Contentious French. Cambridge.
- Vogel, B. 2009: Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen. Hamburg.